

ENTSCHLISSUNG DER ERSTEN PARTEIKONFERENZ

DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

I. Der Kampf um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden

1. Die politischen Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ergeben sich aus der drohenden Gefahr, die infolge der imperialistischen Raubpolitik der Westmächte über dem deutschen Volke schwebt. Unter grobem Bruch der feierlichen Abmachungen der Potsdamer Konferenz betreiben die Westmächte systematisch die Zerreißung Deutschlands und die Umwandlung der Westzonen in ein Kolonialgebiet des anglo-amerikanischen Imperialismus, das zur militärischen und wirtschaftlichen Aufmarschbasis für ihre Aggressionspläne dienen soll. Nachdem sie Schritt für Schritt den separaten Weststaat aufgebaut haben, rissen sie durch das Ruhrstatut das westdeutsche Industriegebiet aus dem deutschen Wirtschaftskörper heraus. Damit wollen sie es dem deutschen Volke unmöglich machen, seine Wirtschaft aus eigener Kraft aufzubauen, denn ohne das Ruhrgebiet kann Deutschland nicht leben. Gleichzeitig richteten sie eine militärische Sicherheitsbehörde ein, die den anglo-amerikanischen Monopolkapitalisten die Möglichkeit gibt, die Entwicklung der deutschen Friedensindustrie zu verhindern und die gesamte industrielle Wirtschaft West- und Süddeutschlands zu beherrschen. Diese koloniale Versklavungspolitik soll durch das Besatzungsstatut besiegelt werden, das die deutsche Bevölkerung der Westzonen endgültig unter das Joch fremder Kolonialherrschaft beugen soll. Die Aufzwingung eines Besatzungsstatuts bedeutet, daß dem deutschen Volke der Friedensvertrag verweigert und in Zentraleuropa der bis heute bestehende Kriegszustand auf unbegrenzte Zeit aufrechterhalten werden soll. Das Besatzungsstatut bedeutet die unbefristete Verlängerung der Besetzung Deutschlands durch fremde Truppen, die Vernichtung der Unabhängigkeit und Souveränität des deutschen Volkes. Das Besatzungsstatut ist gegen die Demokratisierung Deutschlands gerichtet. Schließlich bedeutet das Besatzungsstatut für die werktätige Bevölkerung der